

## Die Entwicklung von Kiautschou.

In diesem Jahre wird auf Beschluss des Reichstages nicht wie sonst eine Staatschau-Denkschrift erscheinen. An deren Stelle gibt ein baulicher Artikel des Reichswirtschafts-Ausschusses über die Entwicklung unseres Schutzbereichs in Ostasien. In dem Artikel steht es u. a.: Der östasiatische Markt war im Jahre 1910 an allen bedeutenden Plätzen, in Schanghai und Tientsin, in Hongkong und auch in Kiautschou, durch eine

### Handelskrise

besonders Art erschüttert. Aber uneracht dieser Krise hat sich der Gesamtabend Kiautschous andernfalls auf der im Vorjahr erreichten günstigen Höhe von rund 65 Mill. Dollar erhalten. Im besonderen hat sich Kiautschou auch seinem Zwecke als Ausgangspunkt eines bedeutenden Eisenbahnmastes entsprechend zu dem Hauptbahnhof für die Eisenbahnlinien der Eisenbahn nach dem Innern, deren nördlicher Teil mit deutschem Gelde gebaut wird, ausgestaltet. Dieser Bahnbau, nicht zuletzt auch die große Brücke über den Hoang Ho nordwestlich von Tsinan, hat der deutschen Industrie zahlreiche Aufträge, deutsche Ingenieure lohnende Arbeit verschafft. Der Gewinn der deutschen Volkswirtschaft aus diesem Bau läßt auf nicht weniger als 45 Mill. M. berechnen. Von diesen Materialien abgesehen, betrug die Gesamtumschaltung chinesischer Waren 25,8 Mill. mer. Dollar gegen 25,4 Millionen des Vorjahrs. Die Krise kann nunmehr als überwunden gelten, wenigstens einige hiesische Häuser möglicherweise nicht zu halten sein werden. Die Baufähigkeit umfaßte zunächst den planmäßigen weiteren Ausbau der Hafenanlagen und des Stromkanals, nebst der Kanalisation. Die private Baufähigkeit hat sich gegen das Vorjahr gehoben. Unter den Hochbauten ist vor allem das jugendlich fertig gestellte erste Unterkunftsgebäude für die

### Deutsch-chinesische Hochschule

von Interesse. Es enthält in Räumen für je zwei Schüler Raum für 128 Studenten, außerdem acht Wohnungen für hiesische Lehrer. In gleicher Weise wird das Internat II., dessen Errichtung im Frühjahr 1911 geplant ist, eingerichtet. Die deutsch-chinesische Hochschule hat das erste Einwohnerstadium noch nicht völlig überwunden. Die ungewöhnlichen Schwierigkeiten einer Organisation, für die Vorbilder und hinreichende Erfahrungen fehlen, erfordern ungewöhnliche Leistungen. Umstimmungen innerhalb des Lehrkörpers, wie sie bei der ersten Einrichtung eines aus den verschiedenen Elementen zusammengesetzten Schulpersonals überall möglich sind, sind auch in Kiautschou nicht ausgeschlossen; die Schule selbst aber hat erfreulicherweise nicht darunter gelitten. Vielmehr hat sich die Schülerzahl von 79 auf 145 erhöht, unter denen keinerlei Disziplinwidrigkeiten vorgekommen sind. Die

### Fortschritte der Schule

in den einzelnen Lehrzweigen werden gelobt. Erfreulich ist ferner, daß bereits eine ganze Anzahl wissenschaftlicher Werke in chinesischer Abdruckung von den Studenten der Hochschule bearbeitet und von der Überleitungshandlung herausgegeben sind. Insbesondere sind die Belehrungen der Pragung und Sammlung von technischen Fachstudien in chinesischer Sprache von großem Bedeutung gewesen. Die Einwohnerzahl der Stadt Kiautschou betrug im Jahre 1910 an Ausländern 1621, davon 1531 Deutsche waren. Dazwischen lagen 2275 Soldaten. An chinesischen Einwohnern hat die Stadt Kiautschou 84 180, das Landgebiet 126 690, zusammen 160 870 Chinesen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Kaiser Wilhelm wird seine am geforderte Reise nach Potsdam voraussichtlich Mitte Februar antreten. Über die Dauer seines Aufenthalts im Süden ist noch nichts bekannt.

### Der Kaffee-Corner.

5) Roman von Cyrus Townsend Brady.

„Waren Sie denn auch mit im Theater?“ fragte Miss de Rosset und hob ihre Augenbraue.

Selbstverständlich. Meine Tante, Mistress Gombert Hill, war natürlich als Gardedame mit. Ach! es war so tolllich!“

Und nun schloß Miss Livingstone sofort, daß Gertrud von Stuhlsdorf darauf eingehen werde, Herrn Tiffon leichter zu machen. Ein oder zwei Worte hoffte sie darauf vorbereitet. Aber sie wollte offiziell nicht eingreifen. Sie wollte es ruhig mit annehmen, wie man sich benahme, den Mann, der sie liebte, lächerlich in ihren Augen zu machen. Denn sie dachte sich, die Gesellschaft, die sie dabei empfunden würde, könnten auf ihren Entschluß bestimmt wirken. Und so sagte sie nichts, sondern reichte Miss Stuhlsdorf nur eine Tasse Tee.

„War er denn überhaupt anständig angezogen?“ fragte Miss de Rosset.

„O, ganz nobelllos. Das ist er übrigens immer. überhaupt sieht er sehr vornehm aus. Ja sogar vornehm. Und jedenfalls ist er noch immer ein Mann, der sich sehen lassen kann. Wie ein Gentleman.“

„Willst du nicht noch eine Tasse Tee, lieber Herr? Oder ein Stückchen Zucker?“ fragte Rosalie, wie aus einem Gefüle spontaner Dankbarkeit heraus.

„Nein, ich danke dir, Bleibste. Also wie gesagt, nicht er ist somit, nur was er sagt, Klingt so ungemein lustig. Er sah in meiner

\* Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes vor, die bei einem obersten Bundesgericht einzulegenden Revisionen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, zugegangen.

\* Die Angelegenheit des preußischen Landtagsabgeordneten Hoffmann (Soz.), der auf die Bewilligung des Reichstags, er wobei ihm nicht ernst „Unverhältnismäßigkeit“ gerufen hatte, ist mit der Erfahrung der bürgerlichen Parteien, daß sie das Verhalten des Kgl. Hoffmann missbilligen, noch nicht erledigt, denn es sind augenblicklich Verhandlungen unter den bürgerlichen Parteien im Gang, die voraussichtlich zu einer stärkeren Handhabung der Geschäftsförderung des Hauses führen werden.

\* Der preußische Staatsarbeiterverband hat in einer Eingabe den Reichskanzler gebeten, auf eine Lohn erhöhung hinzuwirken. Von der Reichspostverwaltung und der preußischen Eisenbahnverwaltung ist dem Telegraphenarbeiterbund und dem Eisenbahnerverband daraufhin eröffnet worden, daß Eingaben des Verbands nicht berücksichtigt würden. Die Staatsarbeiter sollten ihre Wünsche den vorgesetzten Stellen zur Kenntnis bringen.

\* Die Bestrebungen des Handwerks, an Lieferungen für den Staat beteiligt zu werden, gewinnen erfreulicherweise immer mehr Boden. So ergibt schon über die Hälfte aller preußischen Eisenbahndirectionen die Fertigung der Dienstleister nicht mehr an Unternehmer, sondern an Handwerker. Die hierbei gemachten Erfahrungen sollen im allgemeinen recht zufriedenstellend sein.

### England.

\* Der in London lebende entthronete König Manuel von Portugal hat jetzt in einer öffentlichen Aufführung erklärt, daß er (im Gegensatz zu den Behauptungen der fehlenden portugiesischen Regierung) ebenfalls wie seine Mutter, die Königin Maria Ida, bisher auch nur einen Bruch von der republikanischen Regierung erhalten hätten. Er habe niemals auf die Krone Portugals verzichtet und sei entschlossen, seine Rechte zu bedienen, selbst wenn man ihn vielleicht um sein Eigentum zu bringen sucht, das von Viecls wegen unverhältnismäßig ihm gehört.

### Valkanhaaten.

\* Die Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien wegen eines Handelsvertrages sind endgültig geschlossen und es steht nunmehr der Ausbruch eines Krieges nahe bevor. Die damit einhergehende Handelskrise wird gerade jetzt in der Theorie, die wegen des Aufstandes in Griechen ohnehin in Sorge ist, sehr schwer empfunden werden.

### Österreich.

\* Der Streit um die Verfassung in China wird immer scharf. Wie verlief, haben sich jetzt auch die Offiziere der manchurischen Truppen telegraphisch an den Regenten gewandt und eine schnelle Einberufung des Parlaments verlangt, andernfalls unter den Truppen ein erster Aufstand ausbrechen drohe. Die Offiziere erklärten sich vollständig mit den Wünschen des Volkes einverstanden.

## Aus dem Reichstage.

Der Reichstag kam am Dienstag zu den wichtigsten Paragraphen 49 bis 50 des Wertzuwachsgesetzes, die den Anteil der Gemeinden an der Wertzuwachssteuer regeln. Nach dem Kommissionsschlusstest soll das Reich die Hälfte, die Gemeinde vierzig Prozent und die Bundesländer zehn Prozent der Steuer erhalten. Die Sozialdemokraten beantragen, den Anteil des Reiches sogar nur auf dreißig Prozent festzusetzen und davon noch Millionen Pf. jährlich für die Kriegsveteranen zu verwenden.

Standesrechtler vermuten jetzt gegen diesen und andere Klageansprüche und das, ob der Regierungsvorlage zu beladen. In der Abstimmung wurde ein Generalantrag angenommen, der dafür gestellt ist, daß die Verteilung unter die Gemeinden durch die Landesregierung erfolgt. In Absehung dieses bei der Regierungsvorlage.

Nun wieder wird die zweite Lesung des Reichswertzumwachsgesetzes fortgesetzt.

Nach längster Debatte wird der § 55 und der Kursus zum an-

Raum 51 erfreut sich die Steuerpflicht auch auf Steuergänge, die nach dem 11. April 1910, also vom Tage der Einführung des Gesetzes im Reichstag an, beaufstanden haben. Ein Antrag Müller-Pulka (Bund.) will die rückwirkende Kraft nur auf den 30. September 1910, ein Antrag Weber (nat.-lib.) auf den 31. Dezember 1910 erlauben.

Nach dem letzten Abstieg bei § 51 ist ein auf Grund einer vor dem Termine der rückwirkenden Kraft bereits erlassenen Gemeindezuwachsgesetzes erlaubt, dass Verträge zukünftigen oder auf

§ 56 enthält die Bestimmungen über die Fortsetzung des Wertzuwachsgesetzes bis zum 30. Juni 1914. Ein Antrag fordert die Streichung dieser Bestimmung.

Schuldecker Vermuth: In den Paragraphen, die jetzt zur Beratung stehen, liegt

der Angelpunkt des ganzen Gesetzes.

Ich habe mir schon erlaubt, meine ganze Erörterung auf diesen Punkt zurückzuführen. Der Bedarf, der durch die Zuwendung gegeben werden soll, steht im Grunde so, daß nicht nur um die Veteranen, sondern auch um die Kreisvorstände. Die Veteranen können mit zwei Prozent des Gewinnbedarfes auskommen. Ein Antrag v. Brodhausen (kon.) will noch Prozent zuzügen und Prozent, um so auch Danzig in das Gesetz einzuverleben. Ein Antrag Becker (Bünd. Str.) will bei der Regierungspflicht auch die anderen freiberuflichen Angestellten und Arbeiter des Reichsbetriebs in Betracht ziehen.

Nach kurzer Debatte werden beide Anträge angenommen, der Rest des Gesetzes bleibt unberührt.

Die Fernverwaltungsherrlichkeit wird angenommen, und die Budgetkommission zurückgewiesen.

Darauf tritt Beratung ein.

Partei, die konservativen Steuerfreiheit auch für die Standesherrschaften.

Nach längerer Debatte werden auch hier die Kommissionsschlüsse angenommen.

Als Schlußvordereien beantragen die Sozialdemokraten die Aufhebung des Sündwiderungsgeistes zugleich mit dem Aufstreichen des Zuwendungsverbotes.

Für den Antrag der Sozialdemokraten stimmen nur noch die Volkspartei, der Antrag wird abgelehnt.

Dann ist die zweite Lesung des Haushaltsgesetzes erledigt. Das Gesetz soll am 1. April 1911 in Kraft treten.

Darauf beginnt die zweite Lesung des Reichssteuerungsgesetzes.

Nach dem Kommissionsschlusstest wird die Besteuerung des Reichsbetriebes durch die Gemeindewohnbereiche gemacht, das die in der Gemeinde wohnenden Angestellten und Arbeiter des Betriebes nicht Angehörige mehr als sechs Prozent oder wenn in der Gemeinde keine Garnison steht, nicht als zwei Prozent des Gewinnbedarfes ausmachen. Ein Antrag v. Brodhausen (kon.) will noch Prozent zuzügen und Prozent, um so auch Danzig in das Gesetz einzuverleben. Ein Antrag Becker (Bünd. Str.) will bei der Regierungspflicht auch die anderen freiberuflichen Angestellten und Arbeiter des Reichsbetriebs in Betracht ziehen.

Nach kurzer Debatte werden beide Anträge angenommen, der Rest des Gesetzes bleibt unberührt.

Die Fernverwaltungsherrlichkeit wird angenommen, und die Budgetkommission zurückgewiesen.

Darauf tritt Beratung ein.

**Schiffahrtsabgaben und Küstenverteidigung.**

Die erste Kammer Hollands hat jetzt die Stellung zu den wichtigen Fragen der Schiffahrtsabgaben und der Küstenverteidigung genommen. In dem Bericht des Ausschusses der Freytagvorlage und der Veterancürsorfe sind wir damit einverstanden, daß bis 1914 der Umhafenpfeil neben dem Küstenpfeil ausgesprochen für sein künftiges Interesse ist die Ausweitung der Verkehrsbedeutung auf dem Rhein. Man gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Regierung versuchen solle, möglichst viele Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, und daß der Minister Schritte tun solle, um zu erreichen, daß herkömmliche Reiter auf dem Rhein nicht mehr in die Finanzabteilung für eine Reihe von Jahren eingeschoben. Denn können Sie gar nicht anders, als die Finanzabteilung für eine Reihe von Jahren eingeschoben.

Abg. Binder (soz.): Wir wollen nur Garantien haben, daß die Veteranen etwas aus dem Ertrag der Wertzuwachsgesetze bekommen; auf die Form kommt es und nicht an. Es darf aber nicht gehen wie mit den Witwen und Waisenverzorgung. Den Termin 1. Januar 1911 nehmen wir an.

Abg. Arentz (seel.): Die Ausnahmeschlüsse des § 55 sollte ausgedehnt werden bis 1. April 1911, dem vorwährenden Anfangstermin des Gesetzes. Ein dahingehender Antrag bringt ich nicht ein, das ist aber, daß in der dritten Lesung das Gesetz von 1. Januar 1911 in Kraft treten soll.

Abg. Binder (soz.): Wir wollen nur Garantien haben, daß die Veteranen etwas aus dem Ertrag der Wertzuwachsgesetze bekommen; auf die Form kommt es und nicht an. Es darf aber nicht gehen wie mit den Witwen und Waisenverzorgung. Den Termin 1. Januar 1911 nehmen wir an.

Abg. Arentz (seel.): Die Ausnahmeschlüsse des § 55 sollten ausgedehnt werden bis 1. April 1911, dem vorwährenden Anfangstermin des Gesetzes.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.

Abg. Binder (soz.): Ich fordere die Ausnahmeschlüsse des § 55 auf den 1. Januar 1911 beschränkt.